



Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, 11055 Berlin

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Herrn Dr. Thomas Kreideweiß
Vilsfeldstr. 40

Alexanderplatz 6, 10178 Berlin
☎ +49 - (0)1888 - 305 - 2000
☎ +49 - (0)1888 - 305 - 2046
✉ juergen.trittin@bmu.bund.de

94474 Vilshofen

Berlin, 18.12.02

Sehr geehrter Herr Dr. Kreideweiß,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 27.10.2002 zum Katastrophenschutz und zur Strahlenschutzvorsorge vor allem mit Blick auf das Kernkraftwerk Temelin.

Der Schutz der Bevölkerung in Deutschland bei einer drohenden, stattfindenden oder bereits abgeschlossenen Freisetzung von Radionukliden nach einem kerntechnischen Unfall ist sowohl Aufgabe des Katastrophenschutzes in Verantwortung der Länder als auch der Strahlenschutzvorsorge in Verantwortung des Bundes. Gerade dieser enge Verbund erfordert eine gemeinsame, wissenschaftlich gut fundierte und international anerkannte Basis aller notwendigen Maßnahmen.

Die von Ihnen vorgetragenen Bedenken waren bereits mehrfach Bestandteil der Diskussionen in den Bund-Länder-Arbeitsgruppen, die sich mit der jetzt anstehenden Ersatzbeschaffung der Kaliumjodidtabletten und deren Verteilung beschäftigen. Eine deutliche Mehrheit akzeptiert das gültige Planungskonzept.

Die Planungen basieren auf den Empfehlungen der Strahlenschutzkommission (SSK). Dieses Gremium anerkannter und unabhängiger Wissenschaftler hat diese Empfehlungen auf der Basis internationaler Standards der Internationalen Strahlenschutzkommission und von Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation zur Jodblockade der Schilddrüse erst vor

wenigen Jahren überarbeitet. Die Empfehlung „Radiologische Grundlagen für Entscheidungen über Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung bei unfallbedingten Freisetzungen von Radionukliden“ beinhaltet auch die „Rahmenempfehlungen für den Katastrophenschutz in der Umgebung kerntechnischer Anlagen“ und wurde 1999 im Länderausschuss für Atomkernenergie - Hauptausschuss - verabschiedet und im gleichen Jahr veröffentlicht. Der Anhang Rahmenempfehlungen wurde zusätzlich in der Innenministerkonferenz verabschiedet.

Auch die Planungen der Jodblockade der Schilddrüse sind ausführlich in diesen Empfehlungen beschrieben und begründet. Noch im Dezember 2001 wurden diese Aussagen auf der Basis einer Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation ergänzt und angepasst. Im Antwortschreiben des zuständigen Referates meines Ministeriums an den Landrat des Landkreises Passau vom 28. August 2002 wurden die Einzelheiten dieser Grundlagen ausführlich dargestellt. Ich möchte daher hauptsächlich auf die übergeordneten Gesichtspunkte eingehen.

Das nach Altersgruppen gestaffelte Dosierungsschema für die Gabe von nichtradioaktivem Jod sind heutiger Stand von Wissenschaft und Technik und stellen breiten internationalen Konsens dar. Da die Einnahme von Kaliumjodidtabletten auch das unbestrittene Risiko von Nebenwirkungen beinhaltet, muss zwischen dem Risiko schwerwiegender Schilddrüsenerkrankung und dem Risiko strahleninduzierter Schäden sorgfältig abgewogen werden. Erwachsene über 45 Jahre sollten keine Kaliumjodidtabletten einnehmen, da bei Ihnen das Risiko der Nebenwirkungen größer ist.

Alle unsere Maßnahmenkonzepte stützen sich auf umfangreiche Risikostudien und Ausbreitungsrechnungen vieler unabhängiger Sachverständiger. Für die Versorgung der Bevölkerung mit Kaliumjodidtabletten ist eine nach Entfernungen fein abgestufte und im Vergleich zu Schweizer Regelungen auch eine deutlich weitergehende Verteilung vorgesehen. Diese Regelungen mit dem Hinweis auf den „Supergau in Tschernobyl“ in Frage zu stellen, ist für die Diskussion um die Verteilung von Kaliumjodidtabletten in Deutschland nicht sachgerecht und weiterführend.

In den Gebieten, in denen im schlimmsten Fall nur eine kurze Vorwarnzeit zu befürchten ist, sollen die Kaliumjodidtabletten ereignisunabhängig vorverteilt oder standortnah bevorratet werden.

Für diesen besonderen Planungsbereich bis 25 km um die Kernkraftwerke sind die Länder verantwortlich. Sie bekommen die Kaliumjodidtabletten in ausreichender Anzahl kostenfrei zur Verfügung gestellt. Zu bedenken ist dabei, dass in Haushalten, Schulen und Kindergärten in aller Regel kein medizinischer Sachverstand zur Verfügung steht und deshalb hier eine Nutzen-Risiko-Abwägung sicherlich anders zu bewerten ist als bei der ereignisabhängigen Verteilung durch Fachpersonal.

Für den Bereich von 25 km bis 100 km ist gemäß SSK-Empfehlung sicherzustellen, dass im Ereignisfall innerhalb von 12 Stunden die Kaliumjodidtabletten der betroffenen Bevölkerungsgruppe ausgehändigt werden können. In diesem Entfernungsbereich kann daher das gesundheitliche Risiko, das bei einer unsachgemäßen Einnahme von Kaliumjodidtabletten besteht, bei einer gezielten Verteilung und Beratung durch Fachpersonal vermieden werden. Die fachliche und logistische Bewältigung einer zeitgerechten Verteilung im Ereignisfall wird zur Zeit mit den Ländern intensiv diskutiert.

Gerade in dem von Ihnen vorgebrachten Szenario eines Unfalles im Kernkraftwerk Temelin sind Bundesbürger mindestens 60 km vom Unfallort entfernt. Da sich das nächste zentrale Lager in Regensburg befindet, kann eine rechtzeitige Versorgung sicherlich garantiert werden.

Bei allem Verständnis für die Ängste der Bevölkerung vor den Auswirkungen eines Unfalles im Kernkraftwerk Temelin halte ich die Versorgung der Bevölkerung des Landkreises Passau mit Kaliumjodidtabletten im Ereignisfall zur Durchführung der Jodblockade der Schilddrüse für gewährleistet.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'H. J. K.', written in a cursive style.